



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Schwanengasse 2  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 32 60  
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 25. September 2015

## Entwurf einer Verordnung über die Weiterbildung; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Juli 2015 haben Sie den Kantonen den erwähnten Verordnungsentwurf zur Anhörung unterbreitet. Wir danken für diese Möglichkeit und nehmen wie folgt Stellung:

### Generelle Beurteilung aus bildungspolitischer Sicht

Wir begrüssen, dass der Bund die rechtliche Grundlage schafft, damit gesamtschweizerisch tätige Organisationen der Weiterbildung sowie die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener in den Kantonen vom Bund finanziell unterstützt werden. Es ist zielführend, wenn das Instrument der Programmvereinbarung auch für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener (Lesen, Schreiben, mündliche Ausdrucksfähigkeit in lokaler Amtssprache, Grundkenntnisse Mathematik, Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien) eingesetzt wird. So kann auch die Koordination im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) gewährleistet werden.

Mit der Zustimmung zum Verordnungsentwurf ergeben sich aus Sicht des Kantons St.Gallen folgende Anliegen:

### Finanzhilfe an national tätige Organisationen der Weiterbildung

National tätige Organisationen der Weiterbildung sollen für spezifische Informations-, Koordinations- und Entwicklungsleistungen Finanzhilfen vom Bund erhalten. Um Fehlanreize zu vermeiden und im Sinn des optimalen Ressourceneinsatzes sind Finanzhilfen an die Erfüllung klar definierter Aufgaben zu knüpfen.

**Anliegen:** Die Bundesbeiträge an die Organisationen der Weiterbildung sind an die Erfüllung klar definierter Aufgaben zu knüpfen, die dem Weiterbildungssystem insgesamt oder definierten Teilbereichen dienlich sind. Es sind entsprechende Kriterien in die Verordnung aufzunehmen.



### **Kriterien zur Gewährung von Finanzhilfen und Festlegung strategischer Ziele**

In Art. 16 Abs. 2 des Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) ist festgehalten, dass der Bundesrat Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen an die Kantone festlegt. Entsprechende Kriterien, wie auch solche für die Festlegung der strategischen Ziele, fehlen. Im Entwurf werden in Art. 10 und 14 die Programmvereinbarung und die Berichterstattung und Kontrolle für die Finanzhilfe des Bundes an die Kantone festgelegt. Diese sind so auszugestalten, dass der administrative Aufwand gering ausfällt, damit die kantonalen Ressourcen nicht mit einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand belastet werden.

**Anliegen:** Die Verordnung ist zu ergänzen mit Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen an die Kantone und für die Festlegung der strategischen Ziele. Die Festlegung der strategischen Ziele hat in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erfolgen, damit die gesamtschweizerischen Ziele und die kantonalen Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden können. Die Prozesse und Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton sowie die Berichterstattung sind schlank zu gestalten.

### **Zuständigkeiten**

Zusammenarbeit und die Zuständigkeit in der Weiterbildungsförderung, der Berufsbildung sowie der Integrationsförderung gemäss Ausländergesetzgebung, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung sind klar zu regeln. In der Organisation der Angebote sind die Kantone autonom. Dazu gehören u.a. die Qualitätssicherung bei den Organisationen der Weiterbildung und die Festlegung der Anforderungen der Lehrpersonen.

**Anliegen:** Zuständigkeit und Zusammenarbeit der involvierten Akteure auf Bundesebene sind klar zu regeln. Die Autonomie der Kantone in der Organisation der Angebote ist zu wahren.

### **Finanzmittel**

Die Weiterbildungsverordnung regelt nur die Bereiche, in denen das WeBiG eine Finanzierung vorsieht. Die Erreichung der Ziele des WeBiG setzt ausreichende und kontinuierlich zur Verfügung gestellte Ressourcen voraus, damit deutlich mehr Erwachsene mit Lücken in den Grundkompetenzen adäquate Bildungsmöglichkeiten erhalten und die Kantone bei der Informations- und Sensibilisierungsarbeit und Entwicklung neuer Angebote unterstützt werden.

**Anliegen:** Im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017-2020 sind angemessene Finanzmittel zu beantragen. Zudem soll die Möglichkeit von Leistungsvereinbarungen voll ausgeschöpft werden.



Im Namen der Regierung

Heidi Hanselmann  
Stellvertreterin Präsident



Canisius Braun  
Staatssekretär

**Zustellung auch per E-Mail an:**  
[weiterbildung@sbfi.admin.ch](mailto:weiterbildung@sbfi.admin.ch)